

Zurück ins Leben

Institutionen in der Zentralschweiz und im Kanton Zürich verschaffen Langzeit-Arbeitslosen neue Jobs. Sie sind so erfolgreich, dass Gemeinden Millionen an Sozialhilfe sparen. Von Markus Schär und David Schaffner

Sie bringe ihn nicht dazu, bis zum AHV-Alter noch eine Arbeit anzunehmen, sagte Bruno Röthlisberger* seiner Beraterin mehrfach ins Gesicht. Seit zehn Jahren bezieht der 47-jährige Sozialhilfe; dabei erlebe er in Dübendorf eine «immer härtere, gar unmenschliche» Behandlung, klagte er im Mai im Regionalblatt. Bei seiner letzten Beschwerde, als er eine Kürzung der Bezüge anfocht, gab ihm der Bezirksrat denn auch Recht: «Die Fürsorgebehörde kann nicht über die wirtschaftliche Hilfe das generelle Verhalten ihrer Klienten steuern.»

Das ist eine eigenartige Argumentation, denn inzwischen anerkennen die Fachleute landesweit, dass sich ihre Klienten durchaus mit Geld belohnen oder bestrafen lassen. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) – ein privater Verein, dessen Empfehlungen in vielen Kantonen als Gesetz gelten – überarbeitete deshalb letztes Jahr ihre Richtlinien: Diese wollen gerade finanzielle Anreize schaffen, dass die Bedürftigen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen.

Zuckerbrot und Peitsche

Arbeiten soll sich lohnen: Statt 1030 Franken wie bisher erhält eine Einzelperson nur noch 960 Franken im Monat, um den Grundbedarf – neben Miete und Krankenkasse – zu decken. Dafür gibt es 100 bis 300 Franken als «Integrationszulage» für alle, die sich um eine Tätigkeit bemühen. Und jene, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, erhalten 400 bis 700 Franken über die Grundansätze hinaus. «Es geht darum», erklärt Skos-Präsident Walter Schmid, «mit den Personen eine Perspektive für die Zukunft zu entwickeln und ihnen aufzuzeigen, dass sie besser leben, wenn sie eine Erwerbstätigkeit aufnehmen.»

Die Anreize scheinen sich zu bewähren: Eine Studie der Städteinitiative zeigt, dass an jenen Orten die Fallzahlen weniger stark stiegen, wo die neuen Richtlinien

schon seit 2005 gelten. Allerdings stellt die Studie auch fest, der Aufschwung, der die Arbeitslosenzahlen sinken lässt, führe noch nicht zu einer Wende bei den Sozialfällen. Der Konjunkturforscher der ETH Zürich, Jan-Egbert Sturm, geht davon aus, dass die strukturelle Arbeitslosigkeit in den letzten zehn Jahren zugenommen hat. Sie sinke kaum mehr unter einen Sockel von drei Prozent – weil die Wirtschaft viele Menschen gar nicht mehr braucht.

Sozialämter sind überfordert

Pessimistisch sieht auch Monika Stocker die globalisierte Welt. «Vollbeschäftigung wird es mittelfristig keine mehr geben», meint die Zürcher Stadträtin. Deshalb müssten die Gemeinden für Beschäftigung sorgen: mit Sozialfirmen, die sie selber

Vermittler sprechen persönlich bei Unternehmen vor und verschicken nur jene Dossiers, die wirklich zu einer Stelle passen.

aufbauen, und mit Teillohnprojekten, bei denen sie für Stellen in Privatunternehmen aufkommen. Der Arbeitsmarkt – den die Sozialarbeiter den ersten nennen – bietet angeblich nicht mehr Jobs für alle Willigen, deshalb muss der Staat einen ergänzenden Arbeitsmarkt schaffen.

Falsch, zeigen die Erfahrungen zweier Projekte: einerseits Dübi-Jobs, eine Initia-

SOZIALFÄLLE

Anstieg trotz Aufschwung
Das hohe Wirtschaftswachstum in der Schweiz führt nicht dazu, dass die Anzahl der Sozialhilfeempfänger automatisch abnimmt. Im Gegenteil: Der dramatische Anstieg der letzten Jahre geht ungebremst weiter. Im Mai wurden laut dem Staatssekretariat für Wirtschaft schweizweit 2962 Personen neu ausgesteuert. Nur 460 von ihnen – rund 15 Prozent – haben eine neue Beschäftigung gefunden und beanspruchen keine Sozialgelder.

tive der Stadt Dübendorf, andererseits Arge Reap (Arbeitsgemeinschaft Reintegration ausgesteuerter Personen), eine Privatfirma aus dem Kanton Luzern, die ihre Dienste seit kurzem landesweit anbietet. Ihnen gelingt es, für Menschen wieder Stellen im ersten Arbeitsmarkt zu finden, um die sich die Regionale Arbeitsvermittlung RAV und die Sozialämter jahrelang vergeblich bemühten. Ihr Erfolg erregt Aufsehen – was ist das Rezept dafür?

● Die Vermittler kennen sich in der Wirtschaft aus. «Die Arge Reap kann etwas, was wir nicht können», sagt Karl Conte, Sozialamt-Chef in Adliswil ZH. Seine Mitarbeiter seien mit der Stellenvermittlung überfordert: «Sie haben keine Ausbildung dafür und verfügen nicht über die

nötigen Kontakte zur Wirtschaft.» Dass dies nicht für alle gilt, beweist Beatrice Paradiso, die im Sold der Stadt Dübendorf erfolgreich als Jobcoach wirkt. Allerdings ist sie, mit Berufserfahrung bei einer Kantonalbank und einer Gewerkschaft, ein Glücksfall. Von Interessenten, die das Dübendorfer Modell übernehmen wollen, hört sie denn auch: «Man müsste Sie klonen.»

● Enge Zusammenarbeit mit den Unternehmen. Weshalb erzielen die RAV nicht mehr Erfolg? «Sie verpflichten Arbeitslose dazu, jeden Monat mehrere Bewerbungen zu verschicken», sagt Daniel Wolfisberg von Arge Reap. «Sie decken die Firmen regelrecht mit Dossiers ein.» Dagegen sprechen die Vermittler persönlich bei den Firmen vor und verschicken nur jene Dossiers, die wirklich zu einer Stelle passen. «Die Firmen müssen das Vertrauen haben, dass sie unsere Leute wirklich brauchen können», sagt Wolfisberg. Auch Paradiso pflegt enge

DÜBI-JOBS

«Bis an die Schmerzgrenze»
Wie eine ehemalige Gewerkschaftssekretärin und ein SVP-Stadtrat Sozialhilfebezüger in Dübendorf ZH zurück zur Arbeit bringen.

Es ist einfach so», sagt Beatrice Paradiso. Wer die Grafik der Sozialhilfefälle von Dübendorf sieht, glaubt sie kaum: Bis 2001 stiegen die Zahlen steil an wie überall; 2002 aber fielen sie um ein Fünftel, und 2005 sanken sie nochmals deutlich ab. Die 378 Fälle des letzten Jahres liegen um mehr als ein Viertel unter dem Rekordwert – und dies zu einer Zeit, in der Zürich oder Basel gegen zweistellige Zuwachsraten kämpften.

Das Phänomen lässt sich erklären. Paradiso kümmert sich seit vier Jahren darum, als Job-Coach für Klienten des Sozialamtes eine Stelle zu finden. Stadtrat Kurt Spillmann treibt mit ihr das Projekt Dübi-Jobs voran. Die ehemalige Gewerkschaftssekretärin von der SP und der Gemüsehändler von der SVP kommen in dieser «lustigen Konstellation» (Paradiso) bestens miteinander aus. In den vergangenen vier Jahren hat Dübendorf dank 154 Vermittlungen netto 4,3 Millionen an Sozialausgaben gespart.

Vermitteln konnte Paradiso beispielsweise den Informatiker Michael Meier*. Er verlor 2004 seine Stelle. Die Regionale Arbeitsvermittlung (RAV) erlebte er als «sich selbst beschäftigende Sanktionsadministration», beim Job-Coaching aber fühlt er sich «im Mittelpunkt wohlwollenden Interesses». Oder den Callcenter-Angestellten Stefan Halter*, den der Job wegen privater Probleme überforderte. Die Beraterin rühmt ihn für seinen Einsatz bei der Arbeitssuche und gibt ihm für seinen Temporärjob in der Industrie mit: «Sagen Sie dem Personalchef einen Gruss – wenn er Sie fest anstellt, bekommt er einen Einarbeitungszuschuss.»

Sozialgeld kürzen

So wichtig wie das Vermitteln ist das Beschaffen von Arbeitsstellen – um Druck auf jene auszuüben, die nicht unter dem erzwungenen Müsiggang leiden. «Sicher 15 Prozent», schätzt Paradiso, «sind nicht begeistert, dass sie zu mir kommen müssen.» Zwei Drittel davon könne sie den-



Hansruedi Beutler aus Dübendorf bekam sechs Jahre lang nur Temporärjobs. Seit einem Jahr arbeitet der 39-jährige Parkettleger als Dachdecker. «Ich verlor vorher meine Jobs immer wieder, wenn es nicht mehr genug Arbeit gab. Die Beraterin von Dübi-Jobs hat für mich diese Stelle gefunden – super!»

noch überzeugen, die anderen dürfen sich nicht auf ihr sozialdemokratisches Herz verlassen: «Wenn ich mich für sie abstrample, lasse ich mir die Arroganz nicht bieten, dass sie einen Job ablehnen.»

Paradiso und Spillmann begrüssen die Möglichkeit, dass sie gemäss den neuen Sozialhilfe-Richtlinien den Arbeitsverweigerern das Unterstützungsgeld um bis

zu 15 Prozent kürzen können. «Wir gehen an die Schmerzgrenze», sagt Spillmann. Paradiso erzählt, dass es ihre Genossen «gemein» fänden, die Sozialhilfegelder zu kürzen. Ihnen müsse sie sagen: «Schaut einmal, was die stellenlosen Sozialhilfebezüger bekommen – Arbeiten muss sich in jedem Fall lohnen.» sär

*Name geändert

Kontakte zu den Unternehmen. Und sie räumt Papierkram beiseite, der den Firmen die Zusammenarbeit mit dem Staat verleidet.

● Anreize für alle Beteiligten. Wer jahrelang nicht mehr gearbeitet hat, braucht Zeit, um wieder die volle Leistung zu bringen. Unternehmen, die Ausgesteuerte einstellen, erhalten bei Arge Reap einen Integrationsbonus von 5000 bis 10 000 Franken, in Dübendorf einen Einarbeitungszuschuss von anfangs 60 und zuletzt 10 Prozent. Dass die Anstellung gelingt, liegt so im Interesse der Firmen – und auch der Vermittler: Arge Reap verdient nur bei Erfolg, dann allerdings zwischen 15 000 und 19 000 Franken pro Vermittlung. Deutlich mehr als die 748 Franken, welche die RAV im Schnitt pro Person ausgeben.

Vorwurf: Rosinenpickerei

Trotz der Erfolge zeigt sich Walter Schmid skeptisch. «Ich lehne solche Firmen und Projekte nicht ab», sagt der Skos-Präsident. «Aber sie werden das Problem der Kostenexplosion im Sozialbereich nicht lösen; niemand kann Wunder vollbringen.» Und Felix Föhn, Geschäftsleiter

Der neue Arbeitgeber erhält anfangs einen Zuschuss von 60 Prozent.

beim Schweizerischen Arbeiterhilfswerk Zentralschweiz, wirft der Arge Reap gar Rosinenpickerei vor: Sie kümmerge sich nur um die einfachen Fälle und überlasse die schwierigen dem Staat.

Die Erfahrung mit Arge Reap und Dübi-Jobs beweist das Gegenteil: Auch für Sozialhilfeempfänger, die jahrelang keiner Arbeit nachgingen, lassen sich durchaus Stellen finden. So rühmt sich auch Bruno Röthlisberger, der öffentlich gegen die Stadt Dübendorf polemisiert, er beanspruche gar keine Sozialhilfegelder mehr, da er einer Arbeit nachgehe. Es handelt sich dabei zwar um ein Beschäftigungsprogramm, aber Beatrice Paradiso sieht immerhin einen Fortschritt. «Ohne die neuen Skos-Richtlinien, die bei Arbeitsunwilligen Leistungskürzungen zulassen», weiss sie, «wäre das schlicht nicht möglich gewesen.» ◀

*Name geändert

ARGE REAP

«Die Schweiz erobern»
 Ein Luzerner Unternehmen platziert Ausgesteuerte so erfolgreich, dass es landesweit expandieren will.

Anfangs stiess die Idee überall auf Skepsis. Kein vernünftiger Mensch eröffnet ein Vermittlungsbüro für Ausgesteuerte. An solch hoffnungslosen Fällen verdient man sowieso kein Geld. Die beiden Luzerner Joe Laupper, 61, und Daniel Wolfisberg, 63, versuchten es dennoch und gründeten vor zwei Jahren die Firma Arge Reap – Arbeitsgemeinschaft Reintegration ausgesteuerter Personen. Im Auftrag von Gemeinden vermitteln sie seither Personen, die seit Jahren von der Sozialhilfe leben.

Ein halbes Jahr lang putzten Wolfisberg und Laupper die Klinken. Sie gingen im Kanton Luzern von Gemeinde zu Gemeinde und stellten ihre Firma vor – bis sie in Emmen einen Partner fanden. «Auch ich zweifelte an einem Erfolg», sagt der Emmer Sozialvorsteher Rolf Born. Da die Anzahl der Sozialfälle in seiner

Gemeinde rasant zunahm, machte er dennoch mit. Seither betraute er die Arge Reap mit der Vermittlung von 50 Personen. Die Hälfte von ihnen haben mittlerweile eine Stelle, die Gemeinde spart monatlich mehrere tausend Franken Sozialhilfe. Born ist begeistert.

21 Gemeinden machen mit

Im Kanton Luzern sprach sich der Erfolg schnell herum. Mittlerweile arbeitet die Arge Reap mit 21 Gemeinden zusammen. Insgesamt 56 Sozialhilfeempfängern hat die Firma einen Arbeitsplatz verschafft, das ist rund ein Viertel der 210 Ausgesteuerten, um die sie sich kümmert. Es sind Menschen, um die sich andere bereits intensiv bemüht haben: Während anderthalb Jahren ein Regionales Arbeitsvermittlungsamt – ohne Erfolg. Danach das Sozialamt, teilweise über Jahre hinweg – ebenfalls erfolglos.



Hansruedi Huwiler aus Emmen LU war vier Jahre lang arbeitslos. Die Arge Reap fand für den 40-jährigen Maschinenschlosser eine Stelle als Gruppenchef in der Deko-Abteilung bei Jumbo in Emmen. «Ich bin sehr glücklich, wieder auf eigenen Füüssen zu stehen.»

Für die Dienstleistung der Arge Reap interessieren sich immer mehr Gemeinden, auch ausserhalb des Kantons Luzern. Meistens sind es Dörfer oder kleine Städte, die es sich aus finanziellen Gründen nicht leisten können, in der eigenen Verwaltung eine Stellenvermittlung aufzubauen. Im Mai haben Wolfisberg und Laupper eine zweite Firma gegründet, die Reap Schweiz Reintegration ausgesteuerter Personen AG. Mit ihr wollen sie Niederlassungen im ganzen Land eröffnen.

FDP-Nationalrat Otto Ineichen, der die beiden Unternehmer von Anfang an unterstützte, ist Verwaltungsratspräsident. «In zwei Jahren haben wir die ganze Schweiz erobert», sagt er. Adliswil ZH und Thalwil ZH sowie Wohlen AG haben einen Vertrag unterschrieben. Mit weiteren Gemeinden in den Kantonen Bern, Basel und Aargau ist die junge Firma in Verhandlung. **das**